



Rathaus Umschau

Dienstag, 30. Januar 2024

Ausgabe 021

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder Push-Nachricht
unter muenchen.de/ru-abo*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	3
› OB Reiter gratuliert Linus Straßer zu Weltcup-Erfolgen	3
› Medaille „München leuchtet“ für Dr. Corina Toledo	4
› „Kämpfen gegen Judenhass“: Lesung mit Burak Yilmaz	5
› Ersatzplätze für Taxistand Hauptbahnhof/Bayerstraße eingerichtet	5
Antworten auf Stadtratsanfragen	
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Mittwoch, 31. Januar, 17 Uhr, Festsaal Salesianum, Sieboldstraße 11

Bürgermeisterin Verena Dietl spricht ein Grußwort anlässlich der Jubiläumsfeier 125 Jahre Maria-Theresia-Gymnasium München.

Donnerstag, 1. Februar, 14 Uhr, Sozialreferat, Foyer 1. Stock, Orleansplatz 11

Ein Clown-Trio des Circus Krone übergibt an Sozialreferentin Dorothee Schiwy 6.000 Zirkuskarten, die dem Sozialreferat kostenlos für sozial benachteiligte Personen zugute kommen. Die Vorstellungen finden am 22. Februar und am 7. März für Senior*innen und Familien mit Kindern und Jugendlichen mit wenig Geld statt. Circus Krone beweist damit ein weiteres Mal sein großes soziales Engagement in München. Seit über 50 Jahren schenkt Circus Krone sozial benachteiligten Münchner Kindern und Senior*innen Sondervorstellungen.

Achtung Redaktionen: Der Termin ist für Fotoaufnahmen geeignet.

Wiederholung

Donnerstag, 1. Februar, 18 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus

Bürgermeisterin Verena Dietl und Kommunalreferentin Kristina Frank laden zu einem Empfang für die Teilnehmer*innen der Haushaltschallenge „NO-wasteVEMBER“ ein. Unter den Münchner*innen, die vier Wochen lang im Rahmen der Zero-Waste-Challenge so viel Abfall wie möglich vermieden haben, werden auch die zehn Gewinner*innen des Preisgeldes von je 250 Euro ausgelost.

Achtung Redaktionen: Um Anmeldung bis Mittwoch, 31. Januar, per E-Mail an bdr.kom@muenchen.de wird gebeten. Der Termin ist für Fotoaufnahmen und O-Töne geeignet.

Freitag, 2. Februar, 11 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal

Bürgermeisterin Verena Dietl begrüßt bei einem Stehempfang die Münchner Faschingsprinzenpaare und die Münchner Faschingsgesellschaften.

Freitag, 2. Februar, 14 Uhr, Bauernfeindstraße 15

Oberbürgermeister Dieter Reiter spricht Grußworte zum Richtfest für das SeniorenWohnen Kiefergarten des Bayerischen Roten Kreuzes. Es entstehen hier 120 stationäre Pflegeplätze und zu den 460 Wohnungen im betreuten Wohnen 66 zusätzliche Wohnungen.

Weitere Informationen über das Neubauprojekt unter www.seniorenwohnen.brk.de/standorte2/muenchen-kiefergarten/kiefergarten-neubau.html.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 6. Februar, 19 Uhr, Gaststätte „Zunfthaus“, Saal, Thalkirchner Straße 76 (Zugang ist nicht rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 2 (Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt).

Dienstag, 6. Februar, 18.30 Uhr, Mensa der Anita-Augspurg-BOS, Briener Straße 37 (Zugang ist nach Anmeldung rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.

Dienstag, 6. Februar, 19.30 Uhr, Pfarrsaal St. Rupert, Gollierstraße 61 (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 8 (Schwanthalerhöhe). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.

Dienstag, 6. Februar, 19 Uhr, Pfarrsaal St. Johann Baptist, Fellererplatz 7 (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.

Dienstag, 6. Februar, 19 Uhr, Bürgerzentrum Rathaus Pasing, Großer Sitzungssaal, Landsberger Straße 486 (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 21 (Pasing-Obermenzing). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.

Dienstag, 6. Februar, 19 Uhr, Mensa der Grundschule Theodor-Fischer-Straße (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 23 (Allach-Untermenzing). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.

Meldungen

OB Reiter gratuliert Linus Straßer zu Weltcup-Erfolgen

(30.1.2024) Oberbürgermeister Dieter Reiter gratuliert Linus Straßer zu den Siegen im Ski Alpin-Weltcup-Slalom von Kitzbühel und Schladming: „Im Namen der Landeshauptstadt München und auch persönlich gratuliere ich Ihnen sehr herzlich zu den beeindruckenden Erfolgen der letzten Tage im

Slalomrennen. Ihre herausragenden Leistungen bei den Wettkämpfen in Kitzbühel und Schladming haben nicht nur die Sportinteressierten in unserer Stadt, sondern die gesamte Nation inspiriert und begeistert. Mit den beiden Siegen im Weltcup-Slalom in Kitzbühel und im Nachtslalom in Schladming haben Sie etwas ganz Besonderes erreicht. Noch nie zuvor ist es einem deutschen Rennläufer gelungen, diese beiden Klassiker nacheinander, also in einer Saison, zu gewinnen. Unsere Stadt erfüllt es mit besonderem Stolz, dass ein talentiertes und engagiertes ‚Münchner Kindl‘ diese herausragende Leistung vollbracht hat. Ich freue mich darauf, weiterhin Zeuge Ihrer großartigen sportlichen Leistungen zu werden, und bin sicher, dass Sie mit Ihrem Können und Ihrer Hingabe noch viele weitere Triumphe feiern werden. Hierfür wünsche ich Ihnen für die Zukunft weiterhin viel Erfolg und alles Gute.“

Medaille „München leuchtet“ für Dr. Corina Toledo

(30.1.2024) Für ihre großen ehrenamtlichen Verdienste um die Themen Gleichberechtigung, demokratische Teilhabe, Antirassismus, Antidiskriminierung, Diversität und Ermächtigung von Randgruppen hat die Stadt München Dr. Corina Toledo mit der Medaille „München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens“ in Bronze ausgezeichnet. Bürgermeisterin Verena Dietl überreichte ihr die Auszeichnung jetzt im Rathaus.



Bürgermeisterin Verena Dietl überreicht Dr. Corina Toledo die Medaille „München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens.“ (Foto: Michael Nagy/Presseamt)

Dr. Corina Toledo ist gebürtige Chilenin, aufgewachsen in Santiago de Chile und für ihr Studium der Politikwissenschaften nach München gezogen. Sie widmet sich seit 2014 mit ihrer Initiative „frau-kunst-politik“, die 2021 zum Verein wurde, insbesondere den Themen Gleichberechtigung, Kunst und Kultur sowie Völkerverständigung. Dazu werden verschiedene Projekte in

Form von Podiumsdiskussionen, Solidaraktionen, Workshops, Performances und Kunstausstellungen veranstaltet. Corina Toledo versucht so, das Publikum zum Nachdenken anzuregen und Vorurteile abzubauen.

Bürgermeisterin Verena Dietl: „Die weltweite Lage für Mädchen und Frauen ist erschütternd. Gewalt gegen sie ist oft der Normalfall. Man könnte hier resignieren – oder zeigen, dass Veränderung möglich ist. So wie es Corina Toledo macht. Sie kämpft mit beachtlicher Energie und Kreativität für Geschlechtergerechtigkeit, nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn es um Sexismus oder Gewalt an Frauen geht. Und sie schafft so öffentliches Bewusstsein für die Anliegen von Frauen und Mädchen. Dafür sind wir als Stadt München sehr dankbar.“

Neben ihrem Verein „frau-kunst-politik“ ist Dr. Corina Toledo auch Mitbegründerin der bekannten Frauenorganisation „OneBillingRising München“, die immer wieder durch Flashmobs und Projekte im öffentlichen Raum für Aufmerksamkeit sorgt.

Neben Freund*innen und Wegbegleiter*innen von Corina Toledo nahmen aus dem ehrenamtlichen Stadtrat auch Marion Lüttig, David Süß (beide Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) und Micky Wenngatz (SPD/Volt-Fraktion) sowie Nicole Lassal, Leiterin der städtischen Gleichstellungsstelle für Frauen, an der Ehrung teil.

„Kämpfen gegen Judenhass“: Lesung mit Burak Yilmaz

(30.1.2024) Die Sozialgenossenschaft Bellevue di Monaco, Müllerstraße 2, lädt in Kooperation mit der städtischen Fachstelle für Demokratie am Donnerstag, 1. Februar, 19 Uhr, zur Lesung „Ehrensache. Kämpfen gegen Judenhass“ mit Burak Yilmaz und zur anschließenden Diskussion ein. Burak Yilmaz, Duisburger Pädagoge mit türkisch-kurdischen Eltern, erlebte Antisemitismus vielfach als Teil der muslimischen Jugendkultur. Er stemmte sich dagegen, organisierte Fahrten nach Auschwitz, machte Theaterstücke, schrieb ein Buch darüber. Damit stellte er sich durchaus zunächst gegen viele junge Muslime und ihre Familien. Schritt für Schritt wurde aber seine Arbeit zu einem Erfolg.

Ersatzplätze für Taxistand Hauptbahnhof/Bayerstraße eingerichtet

(30.1.2024) Seit vergangener Woche steht der Taxistandplatz südlich des Hauptbahnhofs in der Bayerstraße nicht mehr zur Verfügung. Die Deutsche Bahn benötigt diese Fläche, um Bauarbeiten durchzuführen. Das Mobilitätsreferat hat nun kurzfristig in Abstimmung mit der Taxi München eG, der Deutschen Bahn und der Polizei Ersatzflächen in der Lämmerstraße nördlich des Hauptbahnhofs ausgewiesen.

Die 18 zusätzlichen Plätze dienen als Nachrückplätze für den derzeitigen Taxistand in der Pfefferstraße. Dort finden Reisende, die ein Taxi benötigen,

den nächstgelegenen Taxistandplatz. Der nördlich des Hauptbahnhofs zu findende Taxistand kann vom Hauptbahnhof aus über den Ausgang „Arnulfstraße“ erreicht werden.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 30. Januar 2024

Grünpaten-Konzept erneut überdenken und Teilnahme vereinfachen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans-Peter Mehling, Dr. Evelyne Menges, Manuel Pretzl und Sebastian Schall (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 9.8.2022

Grünpatenschaften weiterentwickeln: zahlreich, vielfältig und zugänglich gestalten!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Beppo Brem, Mona Fuchs, Anna Hanusch, Clara Nitsche, Angelika Pilz-Strasser, Julia Post, Florian Schönemann, Christian Smolka, Sibylle Stöhr (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) und Kathrin Abele, Nikolaus Gradl, Barbara Likus, Lena Odell, Klaus Peter Rupp, Dr. Julia Schmitt-Thiel, Julia Schöpfung-Knor (SPD/Volt-Fraktion) vom 9.3.2023

Gut Karlishof auf Hof- und Weideschlachtung umstellen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Gudrun Lux, Angelika Pilz-Strasser, Christian Smolka und Sibylle Stöhr (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) vom 30.8.2023

Das Beratungsangebot für lesbische Geflüchtete verstärken

Antrag Stadtrats-Mitglieder Beppo Brem, Mona Fuchs, Ursula Harper, Gudrun Lux, Marion Lüttig, Thomas Niederbühl, Clara Nitsche, Angelika Pilz-Strasser und Andreas Voßeler (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) vom 23.11.2023

Grünpaten-Konzept erneut überdenken und Teilnahme vereinfachen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans-Peter Mehling, Dr. Evelyne Menges, Manuel Pretzl und Sebastian Schall (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 9.8.2022

Grünpatenschaften weiterentwickeln: zahlreich, vielfältig und zugänglich gestalten!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Beppo Brem, Mona Fuchs, Anna Hanusch, Clara Nitsche, Angelika Pilz-Strasser, Julia Post, Florian Schönemann, Christian Smolka, Sibylle Stöhr (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) und Kathrin Abele, Nikolaus Gradl, Barbara Likus, Lena Odell, Klaus Peter Rupp, Dr. Julia Schmitt-Thiel, Julia Schönfeld-Knor (SPD/Volt-Fraktion) vom 9.3.2023

Antwort Baureferentin Dr.-Ing. Jeanne-Marie Ehbauer:

Im Antrag Nr. 20-26/A 03003 vom 9.8.2022 wurde Folgendes beantragt:
„Die Landeshauptstadt München (LHM) wird aufgefordert, das derzeit bestehende Konzept der Grünpaten, das sich im Städtevergleich bisher leider nur auf sehr wenige Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschränkt, erneut zu überdenken und eine Teilnahme für jedermann zu entbürokratisieren und zu erleichtern.“

Im Antrag Nr. 20-26/A 03702 vom 9.3.2023 wurde Folgendes beantragt:
„Das Grünpaten-Programm als bestehendes Projekt ist auszubauen und anzupassen, um dem Wunsch der Bürgerschaft nach Mitgestaltung des öffentlichen Raums noch besser gerecht zu werden, mit der Zielsetzung:

- *Steigerung der Anzahl der Patenschaften für Flächen im Straßenbegleitgrün durch vereinfachte Verfahren und unbürokratische Vereinbarungen*
- *Skalierung des Programms durch Bündelung der Begleitung und Unterstützung in größeren, quartiersbezogenen Angeboten*
- *Fortführung der individuellen Beratung je nach Bedarf sowie konzeptionelle und finanzielle Beratung bei größeren Grünflächen und sozialen Nachbarschaftsprojekten*
- *Fortführung der Unterstützung der Pflanzaktionen je nach Bedarf durch passendes Substrat und Pflanzsets seitens des Gartenbaus*

Das Baureferat soll diesbezüglich ein Konzept in Kooperation mit der Green City e.V. entwickeln und die erforderlichen Ressourcen ermitteln.“

Wir bitten die Fristüberschreitung zu entschuldigen.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlauben wir uns, Ihre Anträge mit Schreiben zu beantworten.

Die bestehenden Grünpatenschaften in München sind ein Projekt von Green City e.V. und werden auf Grundlage der bestehenden Förderrichtlinie des Sozialreferates im Sinne des Bürgerschaftlichen Engagements gefördert. Das Baureferat stellt als Straßenbaulastträger die Flächen im Straßenbegleitgrün für die Patenschaften zur Verfügung und berät zu vegetationsstechnischen Fragen und Aspekten des Unterhalts.

Das Baureferat und Green City e.V. haben sich mit den o. g. beantragten Themen befasst und das Konzept des Projekts Grünpat*innen mittlerweile weiterentwickelt. Die Prozesse wurden entbürokratisiert. Die Patenschaftsvereinbarung wurde verschlankt und ist nun online verfügbar. Zudem ist beispielsweise kein polizeiliches Führungszeugnis mehr erforderlich. Weiterhin gibt es zum Start eine Beratung für die Grünpat*innen. Eine weitere fachliche Anleitung und Betreuung können die Pat*innen aus der sogenannten Toolbox auswählen. Darüber hinaus wird Green City e.V. regelmäßige Workshops und Mitmachaktionen an ausgewählten Flächen anbieten, bei denen sich die zukünftigen Pat*innen fortbilden können. Vgl.: <https://www.greencity.de/projekt/gruenpaten/>.

Durch die erfolgte Weiterentwicklung konnte bereits eine Steigerung von rund 100 auf 160 Grünpatenschaften innerhalb eines halben Jahres erreicht werden, ohne dass eine Bewerbung des Projektes erfolgte.

Ausschließlich für das Projekt Grünpat*innen ist bei Green City e.V. aktuell ca. 1 VZÄ tätig. Weitere 0,5 VZÄ stehen für die Betreuung von Gemeinschaftsgärten zur Verfügung. Das Projekt wird von Green-City e.V. bisher so umfangreich und gut betreut, dass beim Baureferat kaum Leistungen erbracht und daher keine speziellen Ressourcen vorgehalten werden müssen.

Aufgrund der zukünftig angestrebten aktiven Bewerbung des Projekts durch Green City e.V. und den nun niederschweligen Rahmenbedingungen Pat*in zu werden, ist davon auszugehen, dass ein jährlicher Zuwachs von 100- 200 Pat*innen pro Jahr generiert werden kann. Im Vergleich zu anderen Städten, wie z. B. Nürnberg, ist in München aufgrund der höheren Einwohnerzahl ein besonders hohes Anwachsen der Anzahl der Patenschaften auf bis zu insgesamt 4.000 in den kommenden Jahren erwartbar.

Zur Qualitätssicherung der zukünftig sehr zahlreichen von Pat*innen gepflegten öffentlichen Flächen wird dringend empfohlen, für die Erstbepflanzung geeignetes Substrat und Pflanzen zur Verfügung zu stellen. So kann beispielsweise nur mit standortgerechtem, geeignetem Pflanzmaterial und



Substrat ein Beitrag zur Förderung der Biodiversität geleistet werden. Die Verwendung von Substraten minderer Qualität, mit der Gefahr des Einbringens darin enthaltener Schädlinge in die Baumgräben, sollte vermieden werden. Zugleich sollen auch finanziell schlechter gestellte Bürger*innen in die Lage versetzt werden, gute Pflanzenerfolge erzielen zu können. Für eine durchschnittlich gelungene Bepflanzung sind ca. zehn Pflanzen pro Quadratmeter erforderlich. Bei der Durchschnittsgröße eines Patenschaftsbeets von ca. 10 m² werden daher 100 Pflanzen und ca. 0,5- 1 m³ Substrat mit einem Gewicht von 750- 1.500 kg benötigt. Es ist daher vorgesehen, dass das Baureferat-Gartenbau den neuen Pat*innen jeweils einmalig, kostenfrei per Gutschein, geeignete Substrate und ein „Starterpaket Pflanzen“ für die Standorte sonnig, halbschattig und schattig zur Verfügung stellt.

Die erforderliche Aufstockung der Fördermittel für Green City e.V. und die Mittel für zusätzliches Personal beim Baureferat-Gartenbau zur Bereitstellung von Substrat und Pflanzen hat der Stadtrat bereits beschlossen. So werden ab 2024 gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 20.12.2023 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 11636) dem Sozialreferat für die Weiterentwicklung der Grünpatenschaften dauerhaft zusätzlich 151.000 Euro als Fördermittel und für die Produktion von Pflanzen und Substraten dem Baureferat eine VZÄ bereitgestellt.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Anträge damit abschließend behandelt sind.

Gut Karlshof auf Hof- und Weideschlachtung umstellen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Gudrun Lux, Angelika Pilz-Strasser, Christian Smolka und Sibylle Stöhr (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) vom 30.8.2023

Antwort Kommunalreferentin Kristina Frank:

Mit Ihrem Antrag fordern Sie die Landeshauptstadt München, Kommunalreferat, auf, ein Konzept für Hof- und Weideschlachtung der Ochsen auf dem Gut Karlshof zu erarbeiten.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch ein laufendes Geschäft, dessen Besorgung nach Art. 88 Abs. 3 Satz 1 GO i.V.m. der Betriebssatzung für die Stadtgüter München (SgM) dem Oberbürgermeister obliegt.

Zu Ihrem Antrag vom 30.8.2023 kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

2024 erfolgt die Umstellung des Guts Karlshof auf ökologische Wirtschaftsweise. Dies ist ein Impuls, den Betrieb weiter zu diversifizieren, bisherige Konzepte zu überdenken und Innovationen voranzutreiben. In diesem Zusammenhang ist die Hof- und Weideschlachtung ein interessantes Konzept.

Das Tierwohl und die Gesundheit des Tierbestands auf dem Karlshof ist von zentraler Bedeutung. Es gilt, jedem Tier von der Einstallung bis zur Schlachtung ein gesundes und artgerechtes Leben zu ermöglichen. Der Transport der Tiere zur Schlachtstätte erfolgt per Lkw. Die dort ungewohnte Umgebung kann ein erheblicher Stress für die Tiere sein.

Daher ist es durchaus prüfenswert, die Schlachtung so zu gestalten, dass diese Stressfaktoren wegfallen.

Derzeit können nach ergänztem EU-Recht (Verordnung (EG) Nr. 853/2004¹) maximal drei Rinder im selben Schlachtvorgang geschlachtet werden. Berichte aus der Praxis zeigen, dass die Planung und Durchführung der Hof- und Weideschlachtung einen höheren Arbeits- und Kostenaufwand erfordern. Bei der geringen Anzahl an Schlachttieren ist die Hof- und Weideschlachtung vor allem für **Betriebe mit kleinen Tierbeständen** eine Alternative zur herkömmlichen Schlachtung.

Auf dem Gut Karlshof, der rund 500 Tiere hält, werden zu gewöhnlichen Schlachtterminen durchschnittlich zehn Tiere, häufig auch mehr abgeholt. Für das Oktoberfest sind es rund 120 Tiere zu einem Termin. Eine Hof- und Weideschlachtung ist angesichts dieser Dimensionen und der hohen Personalauslastung aktuell nicht möglich. Dennoch soll die Schlachtung zu Gunsten des Tierwohls und der Produktqualität stetig optimiert werden. Im Rahmen der bevorstehenden Öko-Umstellung erarbeiten die SgM deshalb Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit regionalen Schlachtunternehmen. Bei einer Schlachtung in einem nahegelegenen, ökologisch zertifizierten Betrieb könnte der Transportweg verkürzt werden. Außerdem sollen die Tiere länger und in einem geräumigen Einstreustall des Schlachtbetriebs verweilen. Auch wenn der Transport nicht gänzlich entfällt, kann der Stress für die Tiere so gemindert werden.

Abseits dessen werden die SgM die Fortschritte und Entwicklungen bei der Hof- und Weideschlachtung mit Aufmerksamkeit verfolgen. Wenn eine ausreichend große Tierzahl auf diese Weise geschlachtet werden kann, würden die SgM dies nochmals einer intensiven Prüfung unterziehen.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

¹konsolidierte Fassung vom 9.9.2021, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:02004R0853-20210909>

Das Beratungsangebot für lesbische Geflüchtete verstärken

Antrag Stadtrats-Mitglieder Beppo Brem, Mona Fuchs, Ursula Harper, Gudrun Lux, Marion Lüttig, Thomas Niederbühl, Clara Nitsche, Angelika Pilz-Strasser und Andreas Voßeler (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) vom 23.11.2023

Antwort Sozialreferentin Dorothee Schiwy:

Zu Ihrem Antrag vom 23.11.2023 teile ich Ihnen mit, dass Ihrem Anliegen bereits in der öffentlichen Sitzung der Vollversammlung vom 29.11.2023 durch Berücksichtigung Ihres Ergänzungsantrages entsprochen werden konnte.

Das Sozialreferat wurde beauftragt, die erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel in Höhe von 35.000 Euro zur Förderung der Beratungsstelle LeTRa für die Unterstützung queerer Geflüchteter im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2024 zusätzlich anzumelden.

Zur Ausgestaltung und Umsetzung der geförderten Aufgabe wird sich die Verwaltung mit dem Trägerverein in Verbindung setzen.

Ich hoffe, auf Ihr Anliegen hinreichend eingegangen zu sein. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Dienstag, 30. Januar 2024

Zeitnahe Beseitigung der Frostaufbruchschäden auf Münchens Straßen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Andreas Babor, Alexandra Gaßmann, Hans-Peter Mehling und Rudolf Schabl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Genehmigungsfreistellungen bei Veranstaltungen: Was kann die LHM tun?

Antrag Stadträte Hans Hammer, Hans-Peter Mehling und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Nachwirkungen des Bahn-Streiks bei der S-Bahn-München – wie wird künftig ein regelkonformer Betrieb nach Streikende sichergestellt?

Anfrage Stadtrat Hans-Peter Mehling (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Rattengift am Justizpalast und im Alten Botanischen Garten – Besteht eine Gefahr für Kinder und Wildtiere?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Kostenerlass für die Anwohner der Osterwaldstraße und der Genter Straße

Dringlichkeitsantrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Wassill (AfD)

Lösung der Grundwasserproblematik in den Häusern der Osterwaldstraße und Genter Straße

Dringlichkeitsantrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Wassill (AfD)

Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber

Antrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Wassill (AfD)

Geschützte Räume biologischer Frauen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Wassill (AfD)

Antrag

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



30.01.2024

Zeitnahe Beseitigung der Frostaufbruchschäden auf Münchens Straßen

Die Landeshauptstadt München wird beauftragt, die bereits entstandenen und leider vermehrt sichtbaren Frostaufbruchschäden auf Münchens Straßen zeitnah und derart instand zu setzen, dass eine erneute Frostperiode keine Verkehrsgefährdung durch erneutes Aufbrechen darstellt.

Begründung

Durch die frostigen Temperaturen der letzten Zeit sind insbesondere nur notdürftig reparierte Straßenschäden teilweise wieder aufgebrochen. Es bestehen dadurch auch an den Hauptverkehrsstraßen in der Stadt Schlaglöcher, die eine erhebliche Gefahr für alle Verkehrsteilnehmer darstellen. Teilweise weisen die Schlaglöcher einen Durchmesser von mehr als 30 cm auf. Gerade für Fahrrad- und sonstige Zweiradfahrer stellt dies eine erhebliche Unfall- und Verletzungsgefahr dar.

Nur notdürftig instand gesetzte Schlaglöcher dürfen deshalb keine dauerhafte Lösung sein. Denn die nur notdürftigen Instandsetzungen aus der Vergangenheit sorgen nun für eine noch größere Verkehrsgefährdung.

Andreas Babor (Initiative)

Stadtrat

Rudolf Schabl (Initiative)

Stadtrat

Alexandra Gaßmann

Stadträtin

Hans-Peter Mehling

Stadtrat

Antrag

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



30.01.2024

Genehmigungsfreistellungen bei Veranstaltungen: Was kann die LHM tun?

Auf Landesebene wird derzeit über eine Art „Genehmigungsfreistellung für das Ehrenamt“ debattiert. Dabei sollen Anzeigepflichten für Veranstaltungen von Vereinen und Verbänden, die schon einmal erfolgreich organisiert wurden, beim nächsten Mal verringert werden.

Die Landeshauptstadt München (LHM) berichtet dem Stadtrat in diesem Zuge darüber,

- a) ob beim Veranstaltungs- und Versammlungsbüro des Kreisverwaltungsreferates bereits jetzt Möglichkeiten oder Ansätze solcher „Genehmigungsfreistellungen“ bei Veranstaltungen von Ehrenamtlern genutzt werden und
- b) welche Spielräume die Stadtverwaltung für die Zukunft sieht, von solchen „Genehmigungsfreistellungen“ bei Veranstaltungen von Ehrenamtlern Gebrauch zu machen und diese umzusetzen.

Begründung

Die Beantragung und die entsprechende Dokumentation von Veranstaltungen ist oftmals keine einfache Sache und kostet ehrenamtliche Funktionsträger in Vereinen und Verbänden viel Zeit. Eine Vereinfachung der Formalitäten über eine Regelung wie oben genannt, würde sicherlich zur notwendigen Entlastung von Ehrenamtlern beitragen.

Manuel Pretzl (Initiative)
Fraktionsvorsitzender

Hans-Peter Mehling
Stadtrat

Hans Hammer
Stadtrat

ANFRAGE

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



30.01.2024

Nachwirkungen des Bahn-Streiks bei der S-Bahn-München – wie wird künftig ein regelkonformer Betrieb nach Streikende sichergestellt?

Der Fahrbetrieb der Münchner S-Bahn deckt eine überschaubare Fläche im Großraum ab. Dabei sind die Abstellflächen von nicht im Einsatz befindlichen Zügen nach dem täglichen Betriebsende bekannt und festgelegt. Von dort startet auch der erneute Einsatz der Züge für den täglichen Betrieb ab Betriebsbeginn.

Dem Fahr- und Betriebspersonal ist über Schichtpläne bekannt, wann und wo die jeweilige Schicht startet und endet. Vor diesem Hintergrund ist in keiner Weise nachvollziehbar, dass es nach weit vorab bekanntgegebenem Streikende noch zu „streikbedingten“ Störungen zu Beginn der Folgeschicht kommen kann.

Nach Ende des GDL-Streiks in der Nacht vom 29.01.2024 war dies aber bis mindestens Mittag der Fall und wurde entsprechend von der S-Bahn München auch so kommuniziert.

Deswegen frage ich den Oberbürgermeister:

- 1) Existieren bei der S-Bahn München Schichtpläne für das Fahr- und Betriebspersonal, die durch den GDL-Streik lediglich unterbrochen wurden und mit einem Notfahrbetrieb während des Streiks ergänzt wurden?
- 2) Ist dem Fahr- und Betriebspersonal der S-Bahn München grundsätzlich bekannt, dass Schichteinteilungen nach dem Ende eines Streiks unverzüglich wieder gelten und einzuhalten sind?
- 3) Hatte der reduzierte S-Bahnbetrieb in München während des GDL-Streiks irgendwelche Auswirkungen auf das routinemäßige Abstellen der S-Bahnen nach dem täglichen Betriebsende?

- 4) Wie begründet die S-Bahn München konkret weitere Streikauswirkungen nach Streikende (29.01.2024, 02:00 Uhr) noch wenigstens bis 29.01.2014 12:00 Uhr?

- 5) Welche organisatorischen Maßnahmen plant die S-Bahn München, um bei künftigen Streiks des Fahr- und Betriebspersonals der S-Bahn eine vollständige Betriebsaufnahme unmittelbar nach Streikende sicherzustellen?

Hans-Peter Mehling

Stadtrat



ML München-Liste

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 30.01.2024

Anfrage:

**Rattengift am Justizpalast und im Alten Botanischen Garten –
Besteht eine Gefahr für Kinder und Wildtiere?**

Tierschützer:innen haben am Samstag, den 20.01.24 und am Sonntag, den 21.01.24 frei zugängliche Köder aus Giftköderboxen am Justizpalast (Prielmayerstr. 7) und im Alten Botanischen Garten gefunden. Die Giftköder sind für Kinder, Hunde und Wildtiere frei zugänglich, da sie nicht richtig verschlossen waren. Der Köder selbst ist in einem grellen Pink-Ton eingefärbt, weswegen auch kleine Kinder auf ihn aufmerksam werden könnten.

Die Tierschützer:innen haben beobachtet, wie eine Krähe das Gift aufgenommen hat. Es wurden auch bereits tote Krähen aufgefunden. Schon Anfang Januar wurden mehrere tote Vögel in der Nähe der Köderboxen aufgefunden. Das Kreisverwaltungsreferat (KVR), das Veterinäramt und das Gesundheitsreferat wurden informiert. Die Tierschützer:innen haben die Köder vorsorglich entfernt.

Am vergangenen Wochenende wurde nun jedoch wieder am Justizpalast eine offene Giftköderbox sowie eine Krähe, die eben dort an/in der Köderbox pickte und vermutlich dabei auch Gift aufnahm, gefunden.

Appelle der Tierschützer:innen schnellstens dafür Sorge zu tragen, dass diese Köderboxen, die eine tödliche Gefahr für alle Wildtiere und die Allgemeinheit darstellen, entfernt oder so präpariert werden, dass keine Tierarten, deren Vergiftung verboten ist, an das Gift herankommen können, führten bisher noch zu keinem Erfolg.

Daher fragen wir den Oberbürgermeister:

1. Wurden die Giftköder-Anbieter (Namen sind der Fraktion und der Verwaltung bekannt) nach der ersten Meldung der unsachgemäßen Ausbringung von Rattengift seitens der Verwaltung kontaktiert? Wenn ja, was war die Rückmeldung zu den Vorwürfen?
2. Ist sichergestellt, dass aktuell stadtweit keine weiteren offenen Köder aufgestellt sind?

3. Wie kann sichergestellt werden, dass Giftköderboxen nicht durch Privatpersonen so manipuliert werden, dass die Giftköder für alle Tiere zugänglich sind?
4. An welche Regeln müssten sich Giftköder-Anbieter halten, wenn sie im öffentlichen Raum Gifte ausbringen. Welche Möglichkeiten hat die Verwaltung, gegen unsachgemäße Ausbringung vorzugehen?
5. Wie oft musste die Landeshauptstadt München in den vergangenen fünf Jahren wegen nicht tierschutzkonformen Giftködern aktiv werden?
6. Wie kann künftig sichergestellt werden, dass stadtweit keine offenen Giftköderboxen mehr aufgestellt werden, die eine erhebliche Gefahr für Wildtiere, Singvögel und die Allgemeinheit darstellen?

Begründung:

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende
Dirk Höpner, Stadtrat
Nicola Holtmann, Stadträtin

Dringlichkeitsantrag zur Vollversammlung am 31.1.2024



Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 29.01.2024

Kostenerlass für die Anwohner der Osterwaldstraße und der Genter Straße

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Abwasserkostenbescheide, die den Anwohnern der Osterwaldstraße und der Genter Straße für das abgepumpte Grundwasser für die Einleitung in die städtische Kanalisation auferlegt wurden, werden ausgesetzt, bzw. aufgehoben.

Begründung:

Wie ein Gutachten des Wasserwirtschaftsamtes zur Situation an der Osterwaldstraße und der Genter Straße gezeigt hat, staut sich das Grundwasser am Regenauslasskanal auf einer Seite auf. Demnach sind die Düker, die das Grundwasser herumleiten sollen, nicht ausreichend konzipiert. Die Kosten für das Ableiten des in die Keller eindringenden Wassers in die Abwasserkanalisation wurden den Anwohnern mit mehreren zehntausend Euro auferlegt.

Es obliegt der Münchner Stadtentwässerung und dem Referat für Umwelt und Klimaschutz Abhilfe zu schaffen. Aufgrund des Verursacherprinzips haben diese die Kosten selbst zu tragen. Deshalb sollten die Bescheide ausgesetzt bzw. aufgehoben werden.

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträte

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat

Dringlichkeitsantrag zur Vollversammlung am 31.1.2024



Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 29.01.2024

Lösung der Grundwasserproblematik in den Häusern der Osterwaldstraße und Genter Straße

Der Stadtrat möge beschließen:

Es werden unverzüglich bauliche Veränderungen an der betreffenden Stelle am Regenauslasskanal vorgenommen, so dass das Grundwasser, das sich derzeit auf der einen Seite des Kanals aufstaut, ablaufen kann. Die Ableitung des Grundwassers könnte z. B. durch eine Erweiterung der Düker, zusätzliche Ventile Richtung Regenkanal oder durch eine Untergrabung unter dem Regenkanal erfolgen.

Begründung:

Die Häuser auf der einen Seite des Kanals stehen immer wieder im Keller unter Wasser. Ein Gutachten des Wasserwirtschaftsamtes hat die Stauwirkung des 1987 gebauten Kanals bestätigt. Die vorhandenen Ablaufanlagen, die Düker, nehmen zu wenig Grundwasser auf, so dass es zur Aufstauung von der Fließrichtung des Grundwasserstroms her vor dem Kanal kommt.

Ein ständiges Abpumpen ist nicht zielführend, da die Ursache damit nicht ausgeschaltet wird. Es ist auch teuer und auf Dauer unzumutbar. Die Argumente der Stadt mit der derzeit die Lösung des Problems auf Kosten der Stadt verweigert wird, sind nicht stichhaltig, wie ermittelt wurde.

Den Anwohnern, die zum Teil seit 90 Jahren dort ansässig sind, ist keinerlei Schuld an der Situation zuzuweisen. Die Kosten, die diesen durch Keller- und Heizungssanierungen bereits entstanden sind, sind ihnen nicht zumutbar. Die rechtliche Klärung von Entschädigungen sollte anschließend erfolgen. Wichtig ist, dass den Bewohnern in der Sache schnell und unbürokratisch geholfen wird, wie der OB Dieter Reiter bereits einmal gefordert hatte. Passiert ist bis dato nichts.

Die Münchner Stadtentwässerung (MSE) und das Referat für Umwelt und Klimaschutz (RKU) sehen sich weiter nicht als zuständig an und rieten den Anwohnern zur Aufgabe der Keller. Als kurzfristige Lösung wurde für ein Objekt eine über 50 Meter lange Wasserleitung über eine Straße oben hinweg, durch ein fremdes Grundstück in einen Bach installiert als Übergangslösung für eineinhalb Jahre. Die Kosten für die bauliche Veränderung auf 60 m Länge ist erheblich wirtschaftlicher als die Abpumpkosten, mögliche Prozess- und Gutachterkosten.

Es gibt Möglichkeiten der Abhilfe, die sofort zu veranlassen sind, bevor die Schneeschmelze einsetzt und die Situation wieder schlimmer wird. Außerdem dürfen sich die Schäden an den Häusern nicht noch weiter ausbreiten. Wohnraum ist kostbar in München.

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträte

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat

Antrag

Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München



München, 29.01.2024

Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber

Der Stadtrat möge beschließen:

Um Zuzugsanreize zu verringern, den Missbrauch von Sozialleistungen und die Finanzierung der Schlepperkriminalität zu bekämpfen, soll die Landeshauptstadt München umgehend Bezahlkarten für Asylbewerber einführen.

Begründung:

Bereits am 14. November 2023 hat der Ministerrat (stmi) beschlossen, ein bayernweites Bezahlkartensystem für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einzuführen. Hiermit sollen Bargeldleistungen weitestgehend ersetzt werden.

<https://www.stmi.bayern.de/med/aktuell/archiv/2023/231114bezahlkarte/>

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylpolitik-bayern-macht-tempo-bei-einfuehrung-der-bezahlkarte-a-7cdda312-16be-4d04-8869-82d6b95c85fe>

<https://www.bild.de/regional/bayern/regional/weniger-anreize-fuer-fluechtlinge-bayern-startet-im-maerz-mit-bezahlkarten-86921982.bild.html>

Asylbewerber werden in Deutschland mit Grundleistungen versorgt. Die Grundleistungen umfassen den notwendigen Bedarf an Nahrung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheitspflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts. Die Bezahlkarten werden mit den jeweils zustehenden Leistungen aufgeladen und ersetzen Bargeld. Lediglich das Taschengeld wird ausgezahlt. Für darüber hinausgehende Bargeldleistungen gibt es daher keine sachlichen Gründe.

In Thüringen zeigt die Bezahlkarte bereits Wirkung. So reisten in Greiz Asylbewerber wieder ab, weil sie kein Bargeld mehr erhalten. https://www.focus.de/finanzen/news/fuer-asylbewerber-bezahlkarte-wirkt-jetzt-breche-ich-alle-zelte-in-deutschland-ab-und-gehe-nach-hause_id_259606310.html.

Erste Pilotkommune in Bayern wird Fürstentfeldbruck sein. Auch die Landeshauptstadt München ist aufgefordert, den Beschluss des Ministerrats vom 14.11.2023 umgehend umzusetzen.

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträte

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat

Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 29.01.2024

Geschützte Räume biologischer Frauen

Der Stadtrat möge beschließen:

Alle betroffenen Referate mögen alle Damenumkleiden in allen städtischen Schulen, Bezirkssportanlagen und den städtischen Bädern mit Hinweisschildern ausstatten, dass nur biologische Frauen dort Zutritt haben. Die Abgrenzung erfolgt anhand entsprechend vorhandener oder fehlender primärer Geschlechtsteile. Entsprechende Satzungen, Verordnungen und Hausordnungen sind entsprechend anzupassen.

Begründung:

Die Selbstverständlichkeit, dass Frauen in den ihnen zugewiesenen Damenumkleiden sich nur von biologischen Frauen umgeben sehen, ist zu erhalten. Es handelt sich um besonders sensible Bereiche, in denen Frauen schutzlos sind und sich darauf verlassen, dass sie dort nur ihresgleichen antreffen. Das Schamgefühl von biologischen Frauen ist zu respektieren. Ebenso ist deren Sicherheit zu gewährleisten.

Laut Antwort vom 27.12.2023 auf unsere Anfrage Nr. 20 – 26 / A 03938 vom 27.6.2023 wurde mitgeteilt, dass man allen Interessengruppen in den Bädern gerecht werden möchte. Es wurde auf verschiedene Damensauna- bzw. Herrensaunatage und besondere Angebote und Veranstaltungen für alle anderen Personen verwiesen.

Wie weiter zu lesen steht, bemüht sich das Personal in den Bädern um Fingerspitzengefühl, damit sich alle Besucher dort wohl und sicher fühlen. Es ist vorgesehen, dass das Badpersonal eine verträgliche und individuelle Lösung für die jeweilige Situation zu finden versucht, sollte sich jemand gestört oder unwohl fühlen.

Dies setzt voraus, dass sich z. B. eben eine biologische Frau, die sich mit einem biologischen Mann in der Damenumkleide wiederfindet, erst einmal der Situation alleine stellen muss und sich dann ggf. an das Badpersonal wenden kann.

Das ist nicht akzeptabel. Biologische Frauen brauchen weiterhin Schutzräume und Sicherheit, wo sie auch einmal entspannen können. Allein das Wissen, dass nun auch jegliche Umkleiden zum offenen Räumen werden, wo Frauen auf alles gefasst sein müssen, ist nicht hinzunehmen.

Ein Zuwarten, was das Selbstbestimmungsgesetz bringen wird, ist nicht notwendig. Im Gesetzesentwurf des Selbstbestimmungsgesetzes ist bereits festgelegt, dass bezüglich des Zugangs zu Einrichtungen und Räumen und der Teilnahme an Veranstaltungen die Vertragsfreiheit und das Hausrecht des jeweiligen Eigentümers oder Besitzers sowie das Recht juristischer Personen, ihre Angelegenheiten durch Satzung zu regeln, unberührt bleiben.

Dies entspricht auch der jetzigen Gesetzeslage. Demnach ist es bereits jetzt möglich die jeweils geltenden Satzungen, Verordnungen und Hausordnungen von Bädern, Bezirkssportanlagen oder Schulen der LHM anzupassen, bzw. um Klarstellungen zu ergänzen. Sofern das Gesetz so in Kraft tritt, ändert sich nichts.

Nachdem das geplante Gesetz durchaus an die biologischen Unterschiede zwischen Mann und Frau anknüpft, ist auch nicht mit einer Klagewelle zu rechnen. Die Zugangserlaubnis kann demnach an den primären Geschlechtsmerkmalen festgemacht werden. Als Ausnahme sollte geregelt werden, dass selbstverständlich Mütter ihre Söhne im Kleinkindalter mit in die Damenumkleiden nehmen können.

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträte

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat